

Pressespiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **09.08.2021 / KW 31**



„Automatenmarkt“, August 2021

„Das Online-Spielangebot der deutschen Spielhallen“

Novo Interactive: Mit „Novoline.de“ bringt Novo Interactive, ein Tochterunternehmen von Löwen Entertainment, ein neues Online-Angebot auf den Markt von dem Spielhallenbetreiber direkt profitieren sollen. Hintergründe und Zusammenhänge erklärt Geschäftsführer Dr. Daniel Henzgen in unserem exklusiven Interview.

AutomatenMarkt: Gleich nach der Legalisierung des Online-Glücksspiels in Deutschland am 1. Juli ist Löwen mit der Online-Glücksspielplattform „Novoline“ gestartet. Was macht das neue Angebot aus?



Novo Interactive-Geschäftsführer Dr. Daniel Henzgen.

Dr. Daniel Henzgen: In einem Satz: Novoline ist das Online-Glücksspielangebot der deutschen Spielhallen! Von Anfang an haben wir das Produkt Novoline als Partnerschaftsmodell mit den Automatenunternehmern gesehen und entsprechend entwickelt. Wir denken das Online-Geschäft von der Spielhalle her. Hier sind unsere Stärken und hier ist auch das volljährige, spielaffine Publikum. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass diese Planung aufgegangen ist und unser Angebot von den Unternehmern angenommen wird. Wir haben jetzt, knapp einen Monat nach dem Start, neben unseren eigenen 500 Admiral-Spielhallen weitere 1 000 herstellerunabhängige, legale, konzessionierte Spielhallen, die Novoline-Partner geworden sind. Es gibt kein Angebot derzeit, das in irgendeiner Form vergleichbar, und schon gar nicht so groß ist. Das zeigt die Stärke der Marke Novoline.

AutomatenMarkt: Wie wird man Novoline-Partner und was bedeutet das?

Dr. Daniel Henzgen: Gleich vorweg, der Automatenunternehmer geht mit der Partnerschaft keine Verpflichtungen und kein finanzielles Risiko ein. Er muss keinen Einstand zahlen und keine Beteiligung erwerben. Es geht

allein um „Profit Sharing“. Das heißt, wenn sich ein Spielgast in einer Novoline-Partner-Spielhalle für das Online-Angebot registriert und auf Novoline.de spielt, profitiert der Unternehmer direkt davon.

AutomatenMarkt: Führt das anwerben von Spielgästen für das Online-Angebot nicht zu einer Abwanderung? Und schadet sich der Unternehmer damit nicht selbst?

Dr. Daniel Henzgen: Nein, und dafür gibt es zwei Gründe die zum einen im Markt liegen und zum anderen in der Gestaltung des Produkts Novoline. Die Marktforschung hat gezeigt, dass es drei Arten von Spielgästen gibt. Zum einen die, die ausschließlich in die Spielhalle gehen, um hier ihre Zeit zu verbringen. Diese Gäste kommen gar nicht auf die Idee online

Die Stärke der Marke Novoline

zu spielen und das werden sie auch in Zukunft nicht. Auf der anderen Seite gibt es Spieler, die ausschließlich online spielen. Diese waren noch nie in einer Spielhalle, sind schon lange Kunde bei einem Online-Anbieter und wollen zu Hause spielen. Diese beiden Gruppen sind keine potenziellen Kunden für Novoline. Und dann gibt es in der Mitte die Kundengruppe, die motivations- oder anlassbezogen in eine Spielhalle gehen oder online spielen. Also wenn sie dort Zeit verbringen wollen, weg von zu Hause, um abzuschalten oder sich zu entspannen gehen sie in die Spielhalle.

Diese Menschen nutzen bewusst ihr Zeitbudget für die Spielhalle. Wenn sie aber zum Beispiel auf die S-Bahn warten, ist Novoline das passende Angebot für diese Alltagssituation. Das ist ein bisschen so als hätte man ein Glas gefüllt mit mittelgroßen Steinen. Dann ist das Glas nicht voll, da passt immer noch Sand dazwischen. Novoline ist dieser Sand. Es ist keine Alternative, sondern ein Zusatzangebot, das genutzt



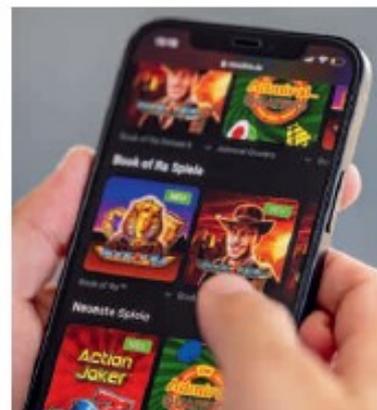
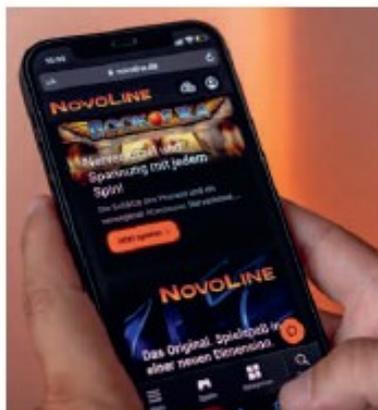
Im August startet die Social-Media-Kampagne für die Marke Novoline mit einer fünftägigen Sitcom mit dem Titel „Wir gehen online“.

Keine Abwanderung der Spielgäste

werden kann, wenn man keine Zeit hat in die Spielhalle zu gehen oder die Spielhallen, wie wir es jetzt mit Corona erleben mussten, geschlossen sind. Das ist der Grund, warum es vom Markt her nicht zu einer Kannibalisierung, also Abwanderung der Spielgäste, kommen wird.

AutomatenMarkt: Und was trägt das Produkt dazu bei dies zu verhindern?

Dr. Daniel Henzgen: Wir machen ja nicht irgendein Online-Casino, das einfach nur Kunden einsammelt. Dann wären wir wie alle anderen und könnten nicht schnell am Markt erfolgreich sein. Wir haben schon bei der Planung von Novoline die Rückkopplung zur Spielhalle mitbedacht. Wir sind sehr kreativ darin, den Bezug zur Spielhalle und zum Produktangebot immer wieder herzustellen und darüber zu informieren. Das macht niemand anderes am Markt. Das ist einzigartig und natürlich im ureigensten Interesse der Automatenunternehmer. Der Gast soll ja immer wieder in die Spielhalle



Ein Schwerpunkt des neuen Produktes Novoline ist das mobile Spiel für zwischendurch. Wenn gerade keine Zeit ist, in die Spielhalle zu gehen.

kommen. Und wenn er gerade keine Zeit hat, soll er die Möglichkeit haben, bei Novoline zu spielen. Wenn ich zum Beispiel eine Spielhalle in Fürstenwalde habe und mein Spielgast, der sich bei mir für Novoline registriert hat, macht Urlaub am Bodensee und

Online-Angebot von der Spielhalle her denken

spielt dort online, dann profitiert meine Spielhalle in Fürstenwalde davon. Das ist auch ein Teil davon, wie wir das Online-Angebot von der Spielhalle her denken. Löwen

Entertainment ist es wichtig die Spielhalle zu stärken, denn damit sind wir groß geworden und das ist unser Kerngeschäft. Es geht darum, den Spielgästen ein Online-Angebot zu machen, bei dem sie, auch wenn sie gerade nicht in ihre Stamm-Spielhalle kommen können, trotzdem online dort spielen können. Das ist einmalig.

AutomatenMarkt: Wird das Angebot denn auch von den Spielgästen angenommen?

Dr. Daniel Henzgen: Wir sind am 5. Juli gestartet mit rund 1 000 Partner-Spielhallen und schon vom





Dr. Daniel Henzgen (l.) Im Gespräch mit Chefredakteur Olaf Weinstein über Marktveränderungen und die Zukunft der Automatenbranche.

ersten Tag an haben sich Spieler dort für Novoline registrieren lassen. Das heißt, das System funktioniert und wird stetig verbessert. Schon heute werden weit mehr als die Hälfte der Nutzer von Novoline.de in Partner-Spielhallen gewonnen. Hier gilt natürlich das Windhundprinzip. Für

Hälfte der Nutzer In Spielhallen gewonnen

Automatenunternehmer lohnt es sich schnell dabei zu sein. Denn der Spielgast, der sich jetzt über eine Partner-Spielhalle registriert hat, bleibt auch dieser Spielhalle zugeordnet.

AutomatenMarkt: Das Online-Angebot ist aber ja nicht ausschließlich für Gäste aus Spielhallen geschaffen worden. In einigen Fachzeitschriften war ja auch schon zu lesen, dass Löwen eine Social-Media-Kampagne plant, um auf Novoline aufmerksam zu machen. Was hat es damit auf sich?

Dr. Daniel Henzgen: Auch hier setzen wir uns von einem normalen Online-Casino deutlich ab. Erstens erhalten Novoline-Kunden auch Informationen über die

Dienstleistungen und Produkte in Spielhallen. Zweitens heben wir uns durch die Social-Media-Kampagne der Marke Novoline ab. Unter dem Titel „Wir gehen online“ präsentieren wir eine Sitcom mit fünf Folgen in der die fiktive Firma Novoline, die seit den 80er-Jahren Geräte herstellt und sehr analog verwurzelt ist, jetzt auf einmal in 2021 online gehen will. Dabei stößt die klassische Denke der Unternehmensführung und Marketingabteilung in lockerer, lustiger und skurriler Weise auf zahlreiche Herausforderungen der hippen jungen Social-Media-Welt. Der Teaser zu der fünfteiligen Sitcom wird im August online gehen und dann mit mehreren Tagen Abstand die ganze Staffel. So kann jeder, wie bei Netflix, alle Folgen hintereinander schauen.

AutomatenMarkt: Wie beurteilen Sie den derzeitigen Stand der Regulierung? Ist das die erhoffte Liberalisierung des Marktes?

Dr. Daniel Henzgen: Der 1. Juli war eine Zeitenwende. Vor allem dadurch, dass jetzt über alle Glücksspielformen hinweg legale Angebote ermöglicht wurden und damit deutlicher denn je die Kanalisierung im Mittelpunkt steht.

Daran wie erfolgreich die Kanalisierung, hin zum legalen Spielangebot, realisiert werden kann, wird sich am Ende der Gesetzgeber messen lassen müssen. Erfolgreich ist eine Regulierung aus unserer Sicht nur bei einer Kanalisierungsquote von mehr als 90 Prozent. Alles andere wäre ein Scheitern. Wenn sich also nach einem Jahr herausstellt, dass es nur gelungen

Chance auf eine marktgerechte Regulierung

ist 50 bis 75 Prozent der Nachfrage hin zum legalen Spiel zu bewegen, dann müsste regulatorisch gehandelt werden. Fakt ist jedoch auch, dass es in der Politik progressive, aber auch prohibitive Strömungen gibt. So geht es oft zwei Schritte vor und einen zurück.

AutomatenMarkt: Wie wird sich der Glücksspielmarkt aus Ihrer Sicht in den kommenden fünf Jahren entwickeln?

Dr. Daniel Henzgen: Wir leben in einer Zeit, in der das Moralisieren bei politischen Entscheidungen immer wichtiger zu werden scheint. Das haben wir jüngst schmerzlich bei Entscheidungen zu Spielhallen in Baden-Württemberg erleben müssen. Trotzdem glaube ich an die Chance auf eine marktgerechte Regulierung. Diese ist schon deswegen so wichtig, da der Glücksspielmarkt konstant wachsen wird. Das Bedürfnis der Menschen zu spielen nimmt zu. Hier ist es die Aufgabe des Gesetzgebers, alles dafür zu tun, dass das Spiel in einem legalen, sicheren Rahmen stattfindet. □

„Der Standard“, 6.8.2021

Niederösterreich schweigt zu Novomatic

Niederösterreich muss vor Gericht erklären, was Sobotka zu Novomatic sagte. Das Land verweigerte einem Journalisten die Auskunft über den Sponsoring-Sager des Nationalratspräsidenten. Nun entscheidet ein Richter.

Sebastian Fellner

Alles hat damit angefangen, dass Wolfgang Sobotka die Erweckung eines Eindrucks vermeiden wollte – den Eindruck nämlich, dass das Sponsoring der Novomatic für ein vom ihm dirigiertes Konzert so etwas wie politische Landschaftspflege gewesen sein könnte. Der Nationalratspräsident (ÖVP) erklärte das im Dezember im Interview mit oe24.tv so: Der Glücksspielkonzern gebe einen sechsstelligen Betrag für Sponsoring in Niederösterreich aus, „und das Land Niederösterreich berät die Novomatic und sagt: Machts es einmal mit dem und einmal mit dem.“ Die zuständige Abteilung bestätigte das auf STANDARD-Anfrage.

Markus Hametner wollte es genauer wissen. Er ist Datenjournalist und Informationsfreiheitsaktivist, arbeitete in der Vergangenheit auch für den STANDARD und berät diesen fallweise informell bei Anfragen an Behörden. Im Februar stellte er der Kulturabteilung des Landes in einem Schreiben acht Fragen. Etwa: „Welche konkreten Empfehlungen,

Expertisen und Vorschläge wurden der Novomatic übermittelt?“ oder „Mit welchen anderen Organisationen gibt es eine ähnliche oder vergleichbare Zusammenarbeit?“

Die Antwort der Abteilung fiel mager aus: Das Land erteilt nur ganz allgemeine Auskünfte, welche Einrichtungen und Veranstaltungen es gibt, darüber würden auch keine Akten geführt. Aber „selbstverständlich nehmen mehrere potenzielle Sponsoren ein Beratungsangebot der Kulturabteilung in Anspruch. In diesem Zusammenhang greift das Grundrecht auf Datenschutz, welches nicht nur für natürliche, sondern auch für juristische Personen gilt.“ Also: Es gibt keine Akten – und was es an Informationen gibt, bleibt geheim.

Damit gab sich Hametner nicht zufrieden. Er legte Beschwerde gegen den Bescheid der Behörde ein. Der Fall wurde am Mittwoch am Landesverwaltungsgericht verhandelt. Hametner argumentiert, dass es ja nicht nur Akten gibt, sondern auch E-Mails, Telefonprotokolle

oder Briefe – und dass die Auskunftspflicht der Behörde unabhängig davon gelte, wie einfach Daten zu beschaffen sind.

Die Behörde schickte zur Verhandlung nicht ihren Leiter, der zu vielen Fragen wohl unmittelbare Antworten hätte geben können. Sondern eine Juristin, die laut eigenen Angaben seit eineinhalb Jahren dort arbeitet. Ihrer Wahrnehmung zu Anfragen von Unternehmen an die Abteilung, die Kultur in Niederösterreich fördern wollen? „Soweit ich das mitbekommen habe, gibt's das nicht wirklich.“

Keine Aufzeichnungen

Der konkrete Fall mit der Novomatic, das werde „sicher so gewesen sein. Aber es gibt da keine Aufzeichnungen darüber.“ Zur Aussage Sobotkas könne sie „gar nichts sagen“, sie geht davon aus, dass sich der Nationalratspräsident und Ex-Kulturlandesrat „sehr unglücklich ausgedrückt“ habe.

Hametner stellt das nicht zufrieden. Er regt an, das Gericht möge

prüfen, ob es wirklich keine E-Mails von der Novomatic bei der Behörde gibt. Darüber hinaus könne noch die für die Kulturagenden zuständige Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) befragt werden.

Nicht kontrollierbar

Für den Journalisten stehe im Raum, „dass es eine behördliche Tätigkeit gibt, die für die Öffentlichkeit nicht kontrollierbar ist“. Auch wenn bei einer solchen Beratung kein Geld geflossen ist, stelle das Land einem Unternehmen ja Expertise zur Verfügung. „Ich finde, dass auch nichtmonetäre Leistungen der Behörde von Bürgerinnen und Bürgern kontrollierbar ausgestaltet sein sollten, und bin verwundert, dass das hier nicht der Fall sein soll“, sagt Hametner vor Gericht.

Richter Gerald Kammerhofer sprach am Mittwoch in St. Pölten noch kein Urteil, es wird schriftlich ergehen.

Es wird nicht die letzte Verhandlung auf Grundlage der bestehenden Auskunftspflichtgesetze gewesen

sein: ÖVP und Grüne haben sich auf Bundesebene zwar schon im Regierungsprogramm auf Grundzüge und viele Details des neuen Rechts auf Information geeinigt, und schon seit Februar liegt ein Entwurf für das Gesetz vor. Doch die Sache zieht sich: Nach der Begutachtung will sich Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) genug Zeit nehmen, um die von allen Seiten kritischen Stellungnahmen einzuarbeiten. Der grüne Abgeordnete David Stögmüller wirft ihr „Blockade“ vor. Einen Zeitplan, wann das Gesetz durch den Ministerrat soll, gibt es nicht.

Der aktuelle Entwurf des Informationsfreiheitsgesetzes ist auf der Homepage des Parlaments einsehbar, ebenso die Stellungnahmen dazu. Ziel des geplanten Gesetzes: „Es soll ein Paradigmenwechsel eingeleitet werden, indem das Amtsgeheimnis endgültig beseitigt, staatliche Transparenz zur Regel und Geheimhaltung zur Ausnahme gemacht werden soll.“ Das ist offenbar noch ein weiter Weg.

Schmid: Der Selbstbesteller

Der mächtigste Mann in der Finanz zimmerte sich einen Job

1 Er war wohl der mächtigste Mann im Finanzministerium – und stolperte über die eigenen Kurznachrichten: Thomas Schmid, erst Generalsekretär und dann Chef der Staatsholding ÖBAG, hat viele Ermittlungen ausgelöst. Schmid wollte alleiniger Chef der ÖBAG werden – und wurde es. Wie das passiert ist, das versuchte der U-Ausschuss zu klären.

Knapp gesagt hat sich Schmid den Job selbst organisiert, indem er die

Ausschreibung so hinzimmern ließ, dass „seine Bewerbung begünstigt und andere Bewerber weitestgehend ausgeschlossen“ bleiben.

Der Kanzler wusste über Details eher nicht Bescheid. Er war aber früh sicher, dass Schmid den Job bekommt. Als Beleg gelten die erwähnten Chats.

Schon viele Woche bevor Schmid am 27. März 2019 ÖBAG-Chef wurde, erkundigte sich das Kanzleramt, wer ihm im Kabinett nachfolgt – der Ab-

gang war also längst fixiert. Am 13. März, also 14 Tage vor der offiziellen Entscheidung, schrieb Schmid an den Kanzler, er solle ihn nicht „zu einem Vorstand ohne Mandate“ machen. Kurz antwortete so: „Kriegst eh alles was du willst“. Schmid

quitierte das mit der Antwort: „Ich bin so glücklich... Ich liebe meinen Kanzler.“



Ermittlungsstand: Zwei Ermittlungen werden gegen Thomas Schmid geführt. Ein drittes Verfahren wurde kürzlich eingestellt

Sidlo: Verlässlich und blau

Die Eignung des FPÖlers interessierte den Ausschuss nicht

2 Eines vorweg: Ob Peter Sidlo fachlich geeignet war, den Vorstandsjob in der Casag (Casinos Austria AG) zu übernehmen, das hat der Untersuchungsausschuss nicht überprüft – das war aber auch nicht gefragt.

Sehr wohl haben sich die Abgeordneten angesehen, ob die Entscheidung für Sidlo mit allfälligen Absprachen in der türkis-blauen Bundesregierung verbunden war – und das wird zumindest vom Verfahrensrichter bejaht.

Für Pöschl ergibt die Bestellung Sidlos zum Vorstandsmitglied der Casag und deren Vorgeschichte das Bild einer „geradezu unabänderlichen Willensdurchsetzung auf Regierungsebene, gerade diesen Mann in diese Position zu bringen“. Und weiter: „Es gab somit sehr wahrscheinlich einen Hintergrunddeal.“

Damit ist man auch beim Kern dieser Geschichte, nämlich der Frage: Welchen Deal soll es gegeben haben?

Folgt man dem Verfahrensrichter, gibt es belastbare Hinweise dafür, dass der FPÖ-nahe Sidlo den Casag-Job als Gegenleistung dafür bekommen hat, dass ÖVP-Mann Thomas Schmid alleine an die Spitze der neuen ÖBAG gesetzt wird (siehe links). Peter Sidlo, heißt es, wurde bestellt, weil er ein „Verlässlicher und Freiheitlicher“ war.



Ermittlungsstand: Peter Sidlo ist einer der inzwischen 20 Beschuldigten in der Causa Casinos/Postenschacher

Strache: Auslöser und Angeklagter

Ex-FPÖ-Chef rückte aus dem Fokus

3 Strache und das Ibiza-Video: Sie haben den U-Ausschuss ausgelöst. Er war die erste und er hätte die letzte Auskunftsperson sein sollen – der Ex-FPÖ-Chef sagte beim letzten Termin aber ab. Sidlo-Deal, Spenden an parteinahe Vereine, mutmaßlicher Gesetzeskauf – Strache hat einige Ermittlungen am Hals. Doch umso länger der U-Ausschuss dauerte, umso mehr geriet die ÖVP unter Druck.

Dessen ungeachtet steht Strache derzeit vor Gericht – in einer Causa, die auch im U-Ausschuss Thema war. Es geht um den Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds (kurz Prikraf). Straches Freund Walter Grubmüller wird von der WKStA

vorgeworfen, er habe als Eigentümer der Privatklinik Währing Strache bestochen, um eine Öffnung des Prikraf für die Privatklinik Währing zu erreichen. Insgesamt 12.000 Euro spendete Grubmüller. Verfahrensrichter Pöschl sieht in dieser Causa mehr die ÖVP als Strache belastet.

Warum? 2017 und 2018 spendete die Premi-quamed-Gruppe 50.000 Euro an die ÖVP. Dafür, so die Annahme Pöschls, wurde der Prikraf um 14,7 Millionen aufgestockt. Im Prozess wurde erörtert, dass die Erhöhung eine seit 2003 fällige Wertanpassung gewesen ist.



Ermittlungsstand: Prozess wegen Bestechlichkeit. Es laufen weitere Verfahren wegen Spesen, Casinos

869

SEITEN U-AUSSCHUSS

Der Abschlussbericht und die Folgen.
Was hat die parlamentarische Untersuchung gebracht, was wurde herausgefunden? Überblick in 6 Teilen

VON CHRISTIAN BÖHMER UND IDA METZGER

Zugegeben, am Ende wurde die Sache irgendwie unübersichtlich, und Wenige wussten, worum es im Ibiza-Untersuchungsausschuss gerade ging. Dass die Justiz parallel zum U-Ausschuss gegen Mitglieder der Bundesregierung ermittelte, hat die Sache weiter verkompliziert.

Doch das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass der U-Ausschuss besser ist als sein Ruf. Er sollte die politischen Zusammenhänge und allfällige Missstände klären – und in dieser Hinsicht ist manches gelungen. Zumindest, wenn man den Abschlussbericht von Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl liest. Der Bericht ist nicht öffentlich, aber der KURIER hat ihn durchgearbeitet – und die wichtigsten Erkenntnisse aufbereitet.

Kurz: Informiert, aber nicht dabei

Keine Hinweise auf Gesetzeskauf

4 Sebastian Kurz kam politisch mehrfach ins Visier des Untersuchungsausschusses: Als Kanzler wurde bei ihm hinterfragt, was genau er über Posten und deren Vergabe gewusst hat. Als Parteichef stellte sich die Frage, ob er von „Gegengeschäften“ nach dem Motto Parteispende gegen Gesetz gewusst oder solches forciert hat.

Laut Abschlussbericht hat es ein „überwiegendes Motiv“ gegeben, warum an Parteien – so auch an die ÖVP – gespendet worden ist, nämlich: „Man wollte eine als positiv empfundene Politik unterstützen.“

Die Untersuchungen haben demnach „keine Anhaltspunkte ergeben, dass Spenden geflossen

sind, in der Hoffnung, bestimmte Gesetze zu bekommen.“

Was die Postenbesetzungen angeht, erscheint es plausibel, dass der Kanzler etwa bei der Besetzung von Thomas Schmid frühzeitig informiert worden ist. Beweise dafür, dass Kurz aktiv in die Bestellung eingegriffen oder diese mitmanipuliert hat, gibt es vorerst nicht.

Zudem hat der U-Ausschuss festgehalten, dass es „nicht den geringsten Hinweis auf einen Konnex“ von den im Kanzleramt geschredderten Festplatten und dem Ibiza-Komplex gibt.



Ermittlungsstand: Gegen Sebastian Kurz wird wegen Falschaussage vor dem U-Ausschuss ermittelt

Justiz-Clinch: WKStA vs. Pilnacek

Der Sektionschef ist suspendiert – Bericht sieht keine Behinderung

5 Der Verdacht wog schwer: Wollten der mittlerweile suspendierte Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek und der Chef der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, 2019 die Ermittlungen im Ibiza-Verfahren „klein halten“ und so verhindern, dass der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) eine „aktive Rolle“ zukommt?

Für den Verfahrensrichter Pöschl hat sich dieser Vorwurf nicht erhärtet.

Im Abschlussbericht analysiert er, dass „sich keine Anhaltspunkte ergeben haben, dass Pilnacek bezweckt hätte, das Tätigwerden der WKStA dauerhaft zu verhindern, oder dass (...) die Ermittlungen in der Ibiza-Affäre verzögert, behindert oder negativ beeinflusst“ wurden.

Keine Kontrolle

Zur WKStA hält der Verfahrensrichter fest, dass aus den Aussagen der Oberstaatsanwälte hervorgeht, dass sie sich eine aus-

schließliche Kontrolle durch die Gerichte wünschen, „wodurch es zu einer Herauslösung der WKStA aus der justizinternen Weisungskette käme“, so Pöschl. Aus dieser Motivlage heraus sei erklärbar, „warum oft als behindernd empfundene Aktionen des Ministeriums von der WKStA als politische Einflussnahme bezeichnet“ worden sind.



Ermittlungsstand: Gegen Christian Pilnacek wird wegen Amtsgeheimnisverrats und Falschaussage im U-Ausschuss ermittelt

Kein Geld für die ÖVP

Spenden an parteinahe Vereine belasten die FPÖ

6 Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka befand sich unter Dauerbeschuss: Er führe den Vorsitz parteiisch, außerdem sei er befangen wegen Spenden der Novomatic an das Alois Mock-Institut, einen Think Tank, den Sobotka 2012 gegründet hat. So lauteten die Vorwürfe der Opposition, vor allem von den Neos. Dazu kam, dass Strache im Ibiza-Video meinte, dass Vereine das ideale Konstrukt sind, um Spenden der Kontrolle durch den Rechnungshof

zu entziehen. Zum Alois Mock-Institut hat Verfahrensrichter Pöschl nichts Verdächtiges gefunden. Auch die WKStA hat ihre Ermittlungen eingestellt. Pöschl im Bericht: „Insgesamt hat das Beweisverfahren keine Hinweise zu Geld- oder Sachleistungen an das Mock-Institut sowie die anderen ÖVP-nahen Vereine ergeben. (...) Auch für die Weiterleitung von Spendengeldern durch diese Vereine an die ÖVP (...) fanden sich keine Anhaltspunkte.“ Etwas anders sieht

es bei der FPÖ aus: Der Immobilienunternehmer Siegfried Stieglitz spendete 10.000 Euro an den FPÖ-Verein „Austria in Motion“.

Aus Chats ergebe sich, dass Stieglitz, Heinz-Christian Strache und Ex-Infrastrukturminister Norbert Hofer vereinbart hätten, dass Stieglitz in einen Aufsichtsrat bestellt wird. Gegen Hofer und Strache wird ermittelt.



Ermittlungsstand: Vier Ermittlungen wurden gegen Wolfgang Sobotka bereits eingestellt. Nun wird eine Anzeige wegen Falschaussage geprüft

Schwere Hürde für Wiesmath

Admiral NÖ-Cup | Die Fleck-Elf bekommt es im Cup mit 2. Landesligist Bad Vöslau zu tun.

Von Malcolm Zottl

Eine Woche früher als die Konkurrenz bestreitet Wiesmath sein erstes Pflichtspiel. Da die Fleck-Elf in der ersten Abbruchsaison an der Tabellenspitze lag, darf sie nun im NÖ-Cup spielen. Die erste Hürde am Freitag (19.30 Uhr) ist gleich eine hohe. Bad Vöslau (2. Landesliga Ost) ist zu Gast. „Es ist ganz sicher keine lästige Verpflichtung. Es ist sicher gut, einen starken Gegner vor der Meisterschaft zu haben. So einen bekommst du für ein Testspiel so kurz vor der Meisterschaft gar nicht“, hält Coach Franz Fleck einen Überraschungscoup seiner Mannschaft nicht für ausgeschlossen und

scherzt: „Vielleicht gibt es typische Wiesmather Verhältnisse mit Wind und Regen, mal schauen was dann passiert, wenn sie die Fäustlinge auspacken.“ Ein Weiterkommen würde Wiesmath womöglich ein weiteres zusätzliches Heimspiel bescheren und einen hochklassigen Gegner zwischen zwei Meisterschaftsspielen.

Dem Zufall überließ der SKW-Trainer jedenfalls nichts, schaute dem Cup-Auftaktgegner bei einem Testspiel auch einmal genau auf die Beine. „Mit Spielern, wie Daniel Weber oder Sascha Steinacher haben sie schon Spieler mit richtig Qualität in ihren Reihen“, analysiert Coach Fleck.



Der Cup wird fortgesetzt

Es gab nicht viel zu verhandeln! Rasch waren sich Admiral-Geschäftsführer Paul Kozelsky, Marketingleiterin Kerstin Kitzmüller, NÖFV-Präsident Johann Gartner und Ernst Schicklgruber (v.l.) darüber einig, wie es mit dem Admiral NÖ Cup weitergeht. Der in der Vorsaison abgebrochene Meistercup wird in der neuen Spielzeit fortgesetzt. Am kommenden Wochenende sind Berndorf und Bad Vöslau im Cup-Einsatz.

Foto: Gerhard Breitschopf

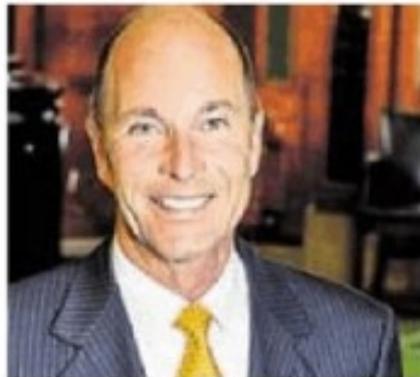
„Kurier Gesamtausgabe“, 3.8.2021

Die widersprüchlichen Aussagen des ehemaligen Casinos-Chefs

VON ANDREA HODOSCHEK

Spekulationen, Hinweise, Vermutungen, vage Angaben – bis heute findet sich kein Beweis für einen konkreten „Deal“ zwischen dem Glücksspielkonzern Novomatic und der türkis-blauen Vorgänger-Regierung. Viele politische Verflechtungen, von Novomatic und noch mehr von den teilstaatlichen Casinos Austria, aber eben kein „Deal“.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Aussagen eines Zeugen, der im Gegensatz zu den meisten Beteiligten politisch mit niemandem verbandelt war. **Alexander Labak**, heute in London und Südfrankreich lebend, von Juni 2017 bis Mai 2019 Generaldirektor der Casinos-Gruppe. Der interna-



CASINOS AUSTRIA/ACHIM BIENEK

Alexander Labak war der erste parteifreie Casinos-Vorstand

tionale Manager war über die tschechische Sazka-Group (heute Mehrheitseigentümer) in die Casinos gekommen.

In der Stellungnahme von Novomatic an die WKStA, für die zahlreiche Zeugenaussagen gescreent wurden (der KURIER berichtete), ist Labak ein Kapitel gewidmet. Zur Erinnerung:

Labak und sein Vorstandskollege **Dietmar Hoscher** wurden im Frühjahr 2019 vorzeitig abgelöst, der Umbau kostete rund 7,5 Millionen Euro. Damals kam der FPÖ-nahe Manager **Peter Sidlo** in den Vorstand, wurde aber bald wieder abberufen.

Labak hatte als einer der Ersten vermutet, dass die Bestellung von Sidlo mit der Bestellung von **Thomas Schmid** (ÖVP) zum Alleinvorstand der Staatsholding ÖBAG verstrickt sei. Das deutete er auch bei seiner Einvernahme durch die WKStA am 18. Dezember 2019 an.

Doch als die Staatsanwälte konkret nachfragen, bleibt Labak vage. Er könne sich nicht genau erinnern, er habe „mit vielen Leuten aus dem Umfeld von ÖBIB (Vorgängerin der

ÖBAG) und dem Finanzministerium gesprochen“. Antwort auf die gezielte Frage, ob er etwas von einem „Hintergrunddeal“ der Novomatic mit der FPÖ wisse: „Nein, weiß ich nicht.“

Die vorzeitige Vertragsauflösung sei sachlich nicht gerechtfertigt, sondern politisch bedingt gewesen, „der Vorstand hat aus meiner Sicht grundsätzlich gut zusammen gearbeitet“. Labak räumt lediglich ein, dass die Persönlichkeit von Hoscher „teilweise schwierig“ gewesen sei. Aber auch Labaks Management-Stil war intern und extern heftig umstritten.

In einem eMail an den damaligen Casinos-Aufsichtsratspräsidenten **Walter Rothensteiner** liest es sich etwas anders. Hoschers Art passe „einfach nicht mehr in ein modernes

Unternehmen“. Er halte sich bei wichtigen Entscheidungen „geschickt heraus“, sei dann krank oder nicht erreichbar. Eine Modernisierung müsse gemeinsam angepackt werden, mit Hoscher im Team gehe das aber nicht. Das mache auch „*Bettina (Glatz-Kremsner, Anm.) zunehmend mürrisch*“. Labak war für den KURIER nicht erreichbar.

Der ehemalige SPÖ-Abgeordnete Hoscher hätte im U-Ausschuss sicher einiges über Konzessionen und Glücksspiel-Novellen erzählen können, er war im Vorstand direkt dafür zuständig. Hoscher ließ sich allerdings wiederholt aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen; für eine Rapid-Sitzung jedoch war er fit genug.

andrea.hodoschek@kurier.at

